

Baume-Schneider will IV-Rente für Junge kürzen

Sparmassnahmen Die Bundesrätin zieht die Notbremse bei den steigenden IV-Kosten.

In den vergangenen zwei Jahren gab es einen massiven Anstieg bei den Neurenten. Das lässt die IV-Finanzen schlecht dastehen.

Nun will Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider die Notbremse ziehen. Und zwar mit ihrer neuen IV-Revision. Der Fokus liegt dabei vor allem auf jungen Menschen. «Eingliederung vor Rente» gilt zwar schon heute, doch dieser Ansatz soll weiter gestärkt werden, wie der «Blick» berichtet.



Sozialministerin Elisabeth Baume-Schneider. Foto: Patric Spahni

In Dokumenten der Ämterkonsultation wird von einer «Integrationsrente» gesprochen. Damit soll verhindert werden, dass die Versicherten voreilig eine Rente bekommen. Der jüngste Anstieg ist vor allem psychischen Erkrankungen geschuldet. Fast jede zweite Neurente basiert auf einer psychischen Diagnose – vor allem bei jungen Erwachsenen; fast zwei Drittel. 2023 meldeten sich rund 12'000 13- bis 24-Jährige bei der IV an. 2800 Neurenten wurden gesprochen.

Nun sollen die Ausgaben drastisch reduziert werden. Die

Idee: Junge Menschen mit einer behandelbaren Krankheit könnten einen neuen Status bekommen. Sie würden für eine gewisse Zeit Geld erhalten – und zwar weniger als die IV-Rente. Dazu ist die finanzielle Leistung zum Beispiel an einen medizinischen Behandlungsplan geknüpft.

Das Seco schlägt Alterslimit von 30 Jahren vor

Die Sozialministerin besuchte mehrere IV-Stellen, um sich ein Bild zu verschaffen. Zukünftig soll es im besten Fall weniger neue Renten geben. Darum wird überlegt, wie man Anreize schafft, die Rente weniger attraktiv zu machen und «den Anstieg aus der Rente zu fördern.»

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) schlägt zudem vor, das Alterslimit für IV-Bezüger auf 30 Jahre anzusetzen.

Doch Elisabeth Baume-Schneider plant mehr als nur Massnahmen für junge Leute. Versicherte sollen intensiver begleitet und ihre Fälle vermehrt intern abgeklärt werden – mit dem Ziel, externe Gutachten weitgehend zu vermeiden.

Zudem prüft die Bundesrätin weitere Sparmassnahmen: Eine ganze Rente könnte künftig stärker an fehlendes Erwerbseinkommen statt allein an den Invaliditätsgrad ab 70 Prozent gekoppelt werden. Anfang 2026 werden konkrete Vorschläge vorgelegt.

Franziska Pahle